

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode, 1991-1992

13.12.1993 - Drucksache 13/787

Große Anfrage der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN**Innere Sicherheit in Bremen**

Innere Sicherheit ist ein komplexes Thema, bei dem eine zunehmende Diskrepanz zwischen der objektiven Sicherheitslage und den Bedrohungsängsten der Bevölkerung festzustellen ist. Vor dem Hintergrund, daß die gegenwärtige Regierungskoalition die Verstärkung der Bemühungen zur Verbesserung und Gewährleistung der inneren Sicherheit in Bremen und Bremerhaven als einen politischen Schwerpunkt ansieht, andererseits als „Kriminalitätshauptstadt“ bezeichnet wurde, fragen wir den Senat:

1. Wie hat sich die Kriminalität bundesweit seit 1991 entwickelt? Wie stellt sich die Kriminalitätsentwicklung in Bremen (Stadt und Land) im Verhältnis zu anderen Bundesländern und Großstädten von 1991 bis 1992 bzw. auf einen Zeitpunkt im Jahre 1993, für den vergleichbare Daten zur Verfügung stehen, dar?
2. Welche Ursachen sieht der Senat für die bundesweit steigende Kriminalität? Gibt es für die Kriminalitätsentwicklung in Bremen spezifische Gründe?
3. Was unternimmt der Senat, um die Rahmenbedingungen für die innere Sicherheit in Bremen zu verbessern
 - a) im Bereich polizeilicher Arbeitsbedingungen (technisch, apparativ),
 - b) im Bereich der Ausbildung der Polizei,
 - c) im Bereich der Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufes?
4. Welche Bedeutung hat der Senatsbeschluß vom 7. September 1993 über die Stellenzielzahl für die personelle Situation der Bremer Polizei?
5. Sieht der Senat bei der Bremer Polizei einen Reformbedarf, und welche Schritte der Klärung und Umsetzung strebt er ggf. an?
6. Welche Schwerpunkte setzt der Senat bei der Kriminalitätsbekämpfung in Bremen?
7. Was hat der Senat unternommen bzw. unternimmt er, um zu einer Stärkung der polizeilichen Präsenz zu gelangen? Werden dabei regionale bzw. lokale Schwerpunkte gebildet?
8. Welche Pläne hat der Senat bezüglich Revierneu-, -um- und -erweiterungsbauten?

Gibt es Überlegungen, Reviere zu schließen oder Reviergrenzen zu verändern?
9. Ist der Senat der Ansicht, daß Bürgerinnen und Bürger an Maßnahmen der Kriminalprävention beteiligt werden können und sollen und trifft er ggf. dafür die notwendigen Voraussetzungen? Wenn ja, welche?

Neujahr, Welke und Fraktion der FDP

Liebetau, Dittbrenner und Fraktion der SPD

Thomas und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100